



Deutsche G7-Präsidentschaft 2022: Ergebnisse des Treffens der Entwicklungsminister*innen vom 18.-19. Mai 2022 in Berlin

Die „Gruppe der Sieben“ (G7) ist ein **informelles Forum führender Volkswirtschaften und Demokratien**, das sich aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA und der Europäischen Union als überstaatliche Organisation zusammensetzt und **regelmäßig zu internationalen Themen austauscht**. Das Ziel der deutschen G7-Präsidentschaft 2022 ist Fortschritt für eine gerechte Welt. Es geht um konkrete Verbesserungen für die Menschen – in den G7-Staaten selbst, aber auch darüber hinaus, insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern. Im Rahmen der **G7-Präsidentschaft** gestaltet die Bundesregierung maßgeblich die inhaltlichen Schwerpunkte der Minister*innen-Treffen – so auch für das Entwicklungsminister*innen-Treffen am 18. und 19. Mai in Berlin und für den G7-Gipfel vom 26.-28. Juni auf Schloss Elmau.

Die G7 unterstützen Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Überwindung der Folgen verschiedener Krisen:

Die Folgen der COVID-19 Pandemie, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, bedrohliche Ernährungsengpässe und steigende Lebensmittelpreise in vielen Teilen der Welt, Hitzewellen und Dürren – die Weltgemeinschaft sieht sich mit vielfältigen und komplexen Herausforderungen konfrontiert. Diese zahlreichen **Krisen** haben die Welt bei der Erreichung der Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele (SDG) der Vereinten Nationen um Jahre zurückgeworfen.

Die deutsche G7-Präsidentschaft steht daher im Zeichen des Fortschritts für eine **gerechte Welt auch und gerade in Zeiten einer Vielzahl von Krisen**. Ziel ist, die akuten Krisen gemeinsam zu bekämpfen und unsere Partnerländer im Globalen Süden bei der Überwindung ihrer Folgen zu unterstützen, so dass die Welt möglichst gestärkt aus ihnen hervorgeht.

Daher waren auch die Partnerländer **Indonesien, Indien, Senegal und Südafrika** sowie

die internationalen Organisationen **Weltbank** und das **Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)** zum Treffen der G7-Entwicklungsminister*innen am 18. und 19. Mai in Berlin eingeladen.

Die wesentlichen Ergebnisse der dortigen Beratungen sind im Folgenden zusammengefasst:

1) Die G7 unterstützen die Ukraine und ihre Nachbarländer sowie Länder des Globalen Südens beim Umgang mit den Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine

Die **Folgen** des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sind besonders für die Ukrainer*innen selbst sowie für die Bewohner*innen der direkten Nachbarländer der Ukraine, aber auch für unsere Partnerländer im Globalen Süden, **gravierend**.

Daher bekannten sich die Minister*innen im virtuellen Beisein des **ukrainischen Premi-**

erministers Denys Schmyhal zur umfanglichen **Unterstützung für die Ukraine**. Zentrale Ergebnisse sind die Einigung der G7 auf **Unterstützung für Binnenvertriebene** und die **Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen** ebenso wie die Unterstützung beim **Wiederaufbau von Infrastruktur, Gesellschaft und Staatlichkeit** in Städten und Kommunen.

Die G7-Minister*innen bekannten sich auch zur **Unterstützung der Nachbarschaft** der Ukraine, insbesondere für die Republik Moldau und Georgien. Dabei sollen **Krisenwiderstandsfähigkeit und Ernährungssicherung sowie eine sozial gerechte Energiewende** im Mittelpunkt stehen.

2) Die G7 gründen das Bündnis für globale Ernährungssicherheit

Insbesondere **auf dem afrikanischen Kontinent** verstärken die Folgen von Russlands Angriffskriegs gegen die Ukraine eine schwere und anhaltende **Ernährungskrise**. Die Stärkung nachhaltiger, widerstandsfähiger und gerechter Agrar- und Ernährungssysteme war daher Schwerpunkt des Treffens mit afrikanischen Partner*innen, an dem als Gäste teilgenommen haben: Senegal, Ägypten, Sambia, Tunesien, die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB), die Afrikanische Union (AU), das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP), der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und die Weltbank.

Die G7-Minister*innen bestätigten bei ihrem Treffen das G7-Ziel von Elmau 2015, **500 Millionen Menschen in Entwicklungsländern bis 2030 von Hunger und Mangelernährung zu befreien**.

Auf Initiative von Ministerin Svenja Schulze haben die G7-Entwicklungsminister*innen auf ihrem Treffen offiziell ein **Bündnis für globale Ernährungssicherheit** gestartet. Ziel des Bündnisses ist es, zusätzliche Finanzierung und eine enge Koordination der Maßnahmen zur Ernährungssicherheit zu gewährleisten.

Alle Teilnehmer*innen hielten fest, dass die Weltgemeinschaft **mittel- und langfristige Lösungen** verfolgen muss, um das Nachhaltigkeitsziel 2 (SDG 2) der Vereinten Nationen – „Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern“ – zu verwirklichen. Gemeinsam diskutierten die Anwesenden darüber hinaus Ansätze zur finanziellen Unterstützung von **Kleinbäuerinnen und -bauern finanziell**.

3) Die G7 setzen Zeichen bei Klimaschutz und Biodiversitätserhalt

Klimaschutz ist und bleibt ein **Schwerpunkt der G7**. Im Fokus der Entwicklungsminister*innen steht die Weiterentwicklung von **Just Energy Transition Partnerships (JETP) mit ambitionierten Partnerländern**, die einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der internationalen Klimaziele leisten. Die G7 wollen so **Klimareformen unterstützen** und konkrete Reformschritte in enger Abstimmung mit **multilateralen Entwicklungsbanken** erreichen.

Um klimapolitische Reformen sozial gerecht zu gestalten, werden sich die G7-Minister*innen verstärkt für mehr **grüne Jobs** und für Zugang zu sozialer Sicherung **für bis zu 1 Milliarde** mehr Menschen bis 2025 auch in ärmsten Ländern einsetzen.

Zugleich müssen Partnerländer bei dem Umgang mit den gravierenden Folgen des Klimawandels unterstützt werden. Die G7 verpflichteten sich, bestehende Ansätze zu einem **globalen Schutzschirm gegen Klimarisiken auszubauen**. Gemeinsam mit anderen Partner*innen werden die G7-Minister*innen **umfassende Absicherungspakete** entwickeln, die Länder dabei unterstützen werden, sich gegen Verluste und Schäden infolge von Klimakatastrophen zu schützen. So erhalten betroffene Bäuerinnen und Bauern bei Ernteverlusten durch Dürre oder Unwetterschäden zum Beispiel finanzielle Unterstützung.

Die G7 sehen **Klimaschutz und Biodiversitätserhalt als eng miteinander verbundene Herausforderungen**. Die G7 vereinbarten, sich dafür einzusetzen, den Biodiversitätsverlust aufzuhalten und umzukehren, unter anderem durch die ambitionierte Arbeit an einem **globalen Biodiversitätsrahmenwerk**.

4) Die G7 setzen sich mit einer feministischen Entwicklungspolitik für die Gleichstellung der Geschlechter weltweit ein

Zentrales Anliegen von Bundesministerin Svenja Schulze auch im Rahmen der G7-Präsidentschaft ist es, mit einer **feministischen Entwicklungspolitik** einen Beitrag zu mehr **Geschlechtergerechtigkeit** zu leisten. Die G7-Minister*innen haben sich auf ihrem Treffen **gemeinsam zu diesem Ansatz bekannt**.

Ziel einer feministischen Entwicklungspolitik ist die **gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben** – unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Geschlechtsidentität, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Haut-

farbe, ihrer Behinderung oder anderer Identitätsmerkmale. **Kernbestandteile** der feministischen Entwicklungspolitik sind die **3R – Rechte, Ressourcen und Repräsentanz**. Es geht dabei darum, Machtstrukturen und Rollenbilder aufzubrechen, die ungerecht und diskriminierend sind. Mädchen und Frauen sind oft von den Krisenfolgen besonders stark betroffen und ihre Stärkung ist ein Schlüssel für gute Entwicklung.

In diesem Sinne haben sich die G7-Minister*innen darauf verständigt, den Anteil der Entwicklungsmaßnahmen für die **Stärkung von Frauen und Mädchen** in den nächsten Jahren zu steigern und diesen Anteil auch transparent auszuweisen. Auch haben sich die G7-Länder zum ersten Mal ausdrücklich zu Maßnahmen bekannt, die die **Inklusion von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans, inter, asexuellen und queeren Personen (LGBTIQ+)** stärken.

5) Die G7 engagieren sich für die Stärkung weltweiter Gesundheitssysteme, die Vorbeugung künftiger Pandemien sowie die Verbesserung des weltweit gerechten Zugangs zu Impfstoffen

Der Schlüssel zur Überwindung der COVID-19-Pandemie ist der **global gerechte Zugang zu COVID-19-Impfstoffen, Therapeutika und Diagnostika**. Die **G7-Entwicklungs- und Gesundheitsminister*innen** bekannten sich daher in einer gemeinsamen Sitzung zur ausreichenden **Finanzierung der Kooperationsplattform Access to COVID-19 Tools Accelerator (ACT-A)** mit dem Ziel, die akute Pandemie im Jahr 2022 beenden zu können. Im Rahmen der „Last Mile“-Initiative wird zusätzlich die **Impfstofflogistik vor Ort** gefördert, insbesondere in **Afrika**. Die G7-Minister*innen einigten sich zudem

darauf, dass der gerechte Zugang zu Impfstoffen und Medikamenten auch durch die Unterstützung beim Auf- und Ausbau von **Impfstoff- und Medikamentenproduktion in Entwicklungs- und Schwellenländern** sichergestellt werden soll.

Entscheidend für die Vorsorge gegen künftige Pandemien sind neben der Unterstützung von Partnerländern bei der Stärkung ihrer Gesundheitssysteme auch internationale Regelungen und Instrumente für **Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktionsfähigkeit**. Auch **sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte** sowie die **Mutter-Kind- und Jugendgesundheit** sollen weiter gestärkt werden, denn ebenso wie bei Krankheiten wie Polio, Malaria und Tuberkulose hat die COVID-19-Pandemie zu großen Rückschritten geführt. Daher werden die G7, auch über **ambitionierte Wiederauffüllungen des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) sowie der Global Polio Eradication Initiative (GPEI)**, zu verbesserter Gesundheit in Entwicklungsländern beitragen.

6) Die G7 ermöglichen zukunftsorientierte Infrastrukturinvestitionen für nachhaltige Entwicklung

Nachhaltige Infrastruktur ist zentrale Voraussetzung für die Erreichung der Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele der Vereinten Nationen sowie der internationalen Klimaziele. Darunter fallen beispielsweise **Investitionen in die gerechte Energiewende** (Erneuerbare Energien, wie z.B. Photovoltaik-Anlagen) und in **Gesundheitsinfrastruktur** (u.a. Krankenhäuser und Impfstoffproduktion). Dabei ist es entscheidend, dass neue Infrastruktur einen **Beitrag zum Klimaschutz** leistet und die **Widerstandskraft** von Gesell-

schaften **gegen die Auswirkungen des Klimawandels** steigert. Deswegen hat die Bundesregierung die unter britischer Präsidentschaft 2021 gegründete G7-Partnerschaft für Infrastruktur und Investitionen (G7 PII) aus entwicklungspolitischer Perspektive mit konkreten Vereinbarungen hinterlegt und weiterentwickelt.

Im Fokus steht die **Gründung von langfristigen Länderpartnerschaften für nachhaltige Infrastruktur**. Diese bilden die Grundlage für intensivere Zusammenarbeit zwischen den G7-Ländern und Partnerländern. Ein zentrales Anliegen ist es, **Investitionen des Privatsektors** zu erleichtern und durch öffentliche Mittel zu hebeln. Hier arbeiten die G7 eng mit den internationalen Entwicklungsbanken zusammen.

Zudem verpflichten sich die G7 dazu, an der **Umsetzung der G20 Prinzipien für Investitionen in Qualitätsinfrastruktur** zu arbeiten. Dazu gehört auch die Verbesserung politischer Rahmenbedingungen.

Weitere Informationen:

[Deutsche G7-Präsidentschaft 2022 | BMZ](#)

[Bündnis für globale Ernährungssicherheit](#)